



Statement
von

Hans ten Feld
UNHCR-Vertreter in Deutschland

**Verleihung des
Menschenrechtspreises 2014
der Stiftung PRO ASYL
an Fabrizio Gatti**

13. September 2014
Haus am Dom, Frankfurt a.M.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine Damen und Herren,

in der Begründung der Stiftung PRO ASYL zur heutigen Preisverleihung an Fabrizio Gatti heißt es: „Er will denjenigen, die im Mittelmeer umkommen, zumindest ihren Namen, ihr Alter und ihre Geschichte zurückgeben“.

Dieser Anspruch und der damit verbundene zutiefst humane Impetus hat eine immense Bedeutung. Er definiert eine Standortbestimmung, die mittlerweile Staat und Gesellschaft überall in Europa, nicht nur an den Außengrenzen oder auch hier in Deutschland, zu treffen haben.

Im Kern geht es darum, ob das allgemeine Bewusstsein stetig steigender Zahlen schutzsuchender Menschen das Sein ihres individuellen Schicksals ausblendet oder diesem Rechnung trägt. Dies ist eine Frage, die mehrere Ebenen betrifft, die aber gleichwohl miteinander untrennbar verknüpft sind: Es geht um gesellschaftliche Empathie und staatliche Verantwortung sowie das Selbstverständnis der Europäischen Union, die sich eben nicht als reine Interessens- sondern ganz maßgeblich als Wertegemeinschaft versteht.

Angesichts der aktuellen mörderischen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten oder auch in Afrika, angesichts der gezielten Verfolgung ganzer Volksgruppen und religiöser Minderheiten, angesichts von massivsten Menschenrechtsverletzungen wird auf fast unerträgliche Weise deutlich: Die Welt befindet sich nicht nur in vielen Regionen, sondern gerade auch vor den Toren Europas in Aufruhr. Und mit dem Konflikt in der Ukraine ist wie zu Beginn der 90er Jahre auf dem Balkan in diesem Jahr die militärische Auseinandersetzung nun auch auf den sogenannten alten Kontinent zurückgekehrt.

Dass angesichts all dieser Schreckensnachrichten im Jahre 2014 weltweit mehr verzweifelte Menschen auf der Flucht sind, als jemals zuvor seit 1945 kann niemanden verwundern. Dass dabei jedoch der weitaus größte, ja der überwältigende Anteil dieser weit über 50 Millionen Menschen unter oft schwierigsten Bedingungen in den Konfliktregionen ausharrt und ausharren muss, mitunter über Jahre oder sogar Jahrzehnte hinweg, das ist die eigentliche mahnende Nachricht.

Dabei verkenne ich natürlich nicht, dass auch Europa, die Europäische Union vor weitaus größeren Herausforderungen steht, als vielleicht noch vor zehn Jahren allgemein angenommen. Der Flüchtlingsschutz als elementarer Bestandteil der europäischen Wertegemeinschaft steht vor einer großen und schwierigen Bewährungsprobe, die es zu bestehen gilt, aber auch bei entsprechendem Willen bestanden werden kann.

Gewiss: Auch in vielen deutschen Städten und Gemeinden läuten die Alarmglocken. Es fehlt vielerorts an Unterkünften für Schutzsuchende. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Behörden, Wohlfahrtsverbänden auch eine Unzahl von Ehrenamtlichen und Freiwilligen arbeiten fieberhaft daran, die krisenhafte Zuspitzung der Situation zu überwinden.

Als Mitarbeiter von UNHCR weiß ich nur zu gut, was es heißt, in kürzester Zeit aus einer kaum oder nicht ausreichenden vorhandenen Infrastruktur ein Netzwerk der Unterstützung aufzubauen, durch das zumindest das Nötigste für den Grundbedarf zugunsten einer riesigen Zahl von noch dazu oft physisch und psychisch überlasteten Menschen bereitgestellt werden kann.

Es wäre leichtfertig und auch dem ungeheuren Engagement vieler Menschen gegenüber unangemessen, schulmeisterlich Kritik zu üben. Ich bin überzeugt, dass hierzuland

de durch gemeinsames Handeln die vorhandenen Probleme gelöst werden können. Wichtig erscheint mir dabei, die Perspektive für die Zukunft über aktuell bedingte Notmaßnahmen nicht aus den Augen zu verlieren. Deutschland ist ein elementarer Pfeiler eines europäischen Asylsystems. Die Hoffnung, dass in naher oder mittlerer Zukunft über Flüchtlingsschutz in Deutschland wie vor zehn Jahren angesichts von sehr niedrigen Asylbewerberzahlen pro Jahr diskutiert werden kann, ist – realistisch betrachtet – eher gering.

Man kommt deshalb meines Erachtens nicht umhin, aus dieser Erkenntnis notwendige Konsequenzen zu ziehen. Konzeptionell sowie strukturell gilt es, ein System einzurichten, das bei der Aufnahme wie auch bei der Durchführung der Asylverfahren solide darauf ausgerichtet ist, einer größeren Zahl von Schutzsuchenden als noch vor wenigen Jahren gerecht werden zu können.

Bilder und Nachrichten von überfüllten Aufnahmeeinrichtungen gab und gibt es natürlich auch seit längerem schon von anderen europäischen Ländern. Durch ‚Mare Nostrum‘, dem Einsatz der italienischen Marine auf dem Mittelmeer, wurden über 100.000 Menschen gerettet und nach Italien gebracht, in der Mehrzahl Schutzsuchende aus akuten Krisen- und Konfliktgebieten wie Syrien, Eritrea oder Somalia. Dies ist eine außergewöhnliche humanitäre Leistung und verdient unsere Anerkennung und Respekt.

Mit Blick auf die besonders dramatische Situation im Mittelmeerraum hat UNHCR im November letzten Jahres einen 12-Punkte-Plan vorgelegt, um Menschenleben zu retten und den Zugang zu effektivem Schutz der potentiell Betroffenen zu sichern. Ich kann die zwölf konkreten Schritte hier jetzt nicht im Detail erläutern, aber erwähnen möchte ich an dieser Stelle, dass sich die Vorschläge auch darauf beziehen, zum Beispiel mit

Hilfe der EU-Agentur für Asylangelegenheiten (EASO) ein stärkeres gemeinsames Vorgehen der EU zu bewirken.

Grundlegend geht es darum, durch entsprechende Vereinbarungen sicherzustellen, dass jener EU-Mitgliedstaat, in den die sogenannte „Ausschiffung“ der Betroffenen erfolgt, (zumindest jener, die in internationalen Gewässern gerettet werden) in der Verantwortung für das weitere Vorgehen unterstützt wird. Dabei gilt es, unter den Stichpunkten Solidariät und Qualität Prüfungen eines Schutzgesuchs zu ermöglichen und auch die flexiblen Regelungen der Dublin III-Verordnung mit Blick auf die Familienzusammenführung bzw. den Verwandtennachzug zur Anwendung zu bringen.

Die EU-Initiative, die letzten Dienstag von Bundesinnenminister Thomas de Mazière und seinen Kollegen aus Frankreich, Großbritannien und Polen in Abstimmung mit Italien auf den Weg gebracht wurde, zielt nach meinem Eindruck in diesem Punkt in eine ähnliche Richtung. Es ist heute wohl zu früh, schlüssig beurteilen zu können, inwieweit sich dieser neue politische Impuls im Sinne des Flüchtlingsschutzes für die Betroffenen und für die Entwicklung des propagierten gemeinsamen europäischen Asylsystems insgesamt auswirkt.

Kritiker sprechen im Zusammenhang europäischer Asylpolitik oft von der „Festung Europa“. Ich will mir diesen Begriff nicht zu eigen machen. Dennoch: Mit Blick auf die sich immer weiter zuspitzende Flüchtlingssituation in vielen südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres drängt sich das Bild von den Zugbrücken auf, die heruntergelassen werden müssen, um den lebensgefährlichen Seeweg über das Mittelmeer vermeiden zu können.

Es braucht also mehr legale, alternative Wege. Die Stichworte sind in diesem Zusammenhang die Ausstellung humanitärer Visa und der Ausbau von Resettlement Pro-

grammen, also die organisierte Neuansiedlung von Flüchtlingen aus unsicheren Erstzufluchtsländern.

Ich erlaube mir zum Abschluss, ein Stück weit optimistisch sein zu dürfen. Der Flüchtlingsschutz ist ein hohes Gut. Dies zu propagieren ist einfach, dies in konkretes Handeln umzusetzen, erfordert viel Arbeit, Kenntnis, mitunter Mut und auch Haltung. Es braucht vor allem auch Empathie und Unterstützung für Menschen, die Schutz suchen und benötigen. Bei aller Kritik, bei allen Klagen, bei aller Bedrängnis:

Der internationale Flüchtlingsschutz ist nicht nur unabdingbar, er entwickelt sich auch weiter, und dies nicht zuletzt auch dank Fabrizio Gatti, dem ich ganz herzlich zur Verleihung des Menschenrechtspreises der Stiftung PRO ASYL gratulieren möchte, aber auch dank Ihnen im Saal, die sich heute ihm zu Ehren hier versammelt haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.